

daß sich Aufregung darüber gar nicht erst entwickeln konnte.

Der *Grundduktus* läßt allerdings trotz aller Verbindlichkeit an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig, sowohl im Grundsätzlichen wie im Praktischen, und besonders deutlich formuliert sind die Leitlinien dort, wo sie in Form einer Handlungsanweisung beides miteinander verbinden. „Die Kirche hat den Auftrag“, so heißt es in dem in den „Nachrichten“ (2. Novemberausgabe 1987) veröffentlichten Text, „allen ihren Mitgliedern und der Welt zu dienen“. Die Möglichkeit, diesen Auftrag zu erfüllen, werde „beeinträchtigt, wenn eigene politische Interessen, Überzeugungen und Ermessensentscheidungen nicht als solche gekennzeichnet, sondern als Botschaft der Kirche ausgegeben werden“.

Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter vor allem hätten deshalb *dreierlei* zu bedenken: 1. Wenn sie sich äußern, werden Äußerungen auch in politischen Fragen als „Reden der Kirche“ verstanden. Deswegen soll gründlich überlegt werden, ob, wann und wo ein Anlaß, sich zu äußern, wirklich zwingend ist. 2. Niemand sollte sich einem „überlegten Abstimmungsprozeß“ schon allein deswegen nicht entziehen, damit gegensätzliche Äußerungen, die als amtliche Äußerungen der Kirche aufgefaßt werden, vermeidbar bleiben. 3. Bei allen Stellungnahmen im kirchlichen Bereich ist Rücksicht zu nehmen auf Andersdenkende.

Die Grundperspektive ist also trotz aller Zurückhaltung im Ton klar. Wesentlich direkter äußerte sich freilich Landesbischof *Johannes Hanselmann* in einem Brief vom Juli 1986, aus dem die Leitlinien als Anmerkung eine längere Passage zitieren. Der Landesbischof forderte darin die Pfarrer (als „Gemeinschaft der Ordinierten“) u. a. auf, sich bei Unterschriftenaktionen zurückzuhalten und im Falle der Unterschrift die kirchliche Amtsbezeichnung – mit der politische Gruppierungen jeglicher Couleur so gerne hausieren gehen – doch bitte wegzulassen. Auch darüber dürfte man sich wie über die Leitlinien selbst in allen

evangelischen Landeskirchen einigen können – in den katholischen Ortskirchen ohnehin. In der Sache weiterhelfen werden allerdings nicht Verhaltensanweisungen allein. Man wird gerade im evangelischen Raum (aber nicht nur dort) auch die psychologische Situation mancher Pfarrer angesichts geschrumpfter Gemeinden zu bedenken haben. Wo der Pfarrer in den Gemeinden mit wenigen allein ist, liegt die Versuchung nahe, nicht unbedingt mit politischen Mitteln auf sich und die Kirche aufmerksam zu machen, aber durch Anschluß an öffentlichkeitsnähere Gruppen Profil und „leadership“ zu gewinnen. *se*

Warnsignal

Die Vorgänge um die Ostberliner Zionsgemeinde

Die Vorgänge um die in Räumen der Ostberliner Zionsgemeinde untergebrachte „Umweltbibliothek“ haben in der Bundesrepublik hohe Wellen geschlagen: In der Nacht vom 24. zum 25. November durchsuchten Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Staatssicherheitsdienst der DDR die seit über einem Jahr bestehende „Umweltbibliothek“, beschlagnahmten Vervielfältigungsgeräte und Informationsmaterial und nahmen mehrere Personen fest. Zu weiteren Festnahmen kam es im Zusammenhang mit einer Mahnwache, die nach der Aktion an der Zionskirche abgehalten wurde. Auch in anderen Städten der DDR gingen die Behörden gegen Mitglieder von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen vor, gab es Hausdurchsuchungen und vorübergehende Festnahmen.

Zwei Wochen nach der Nacht- und Nebel-Aktion in der Zionsgemeinde hatte sich die Lage wieder deutlich *entspannt*. Nach tagelangen Verhandlungen zwischen staatlichen und kirchlichen Stellen teilte der Rostocker Rechtsanwalt *Wolfgang Schnur* am 4. Dezember bei einem Gottesdienst in der Zionskirche mit, die staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen vier Mitarbeiter der Umweltbi-

bliothek würden eingestellt. Gegen sie war der Vorwurf eines „Zusammenschlusses zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ nach Paragraph 218 des DDR-Strafgesetzbuchs erhoben worden.

In den letzten Monaten hatte es in den Beziehungen zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche in der DDR einige *positive Signale* gegeben: Die Berlin-brandenburgische Kirche konnte in Ostberlin einen Kirchentag durchführen (vgl. HK, August 1987, 357–359), beim offiziellen „Olof-Palme-Friedensmarsch“ beteiligten sich kirchliche Gruppen mit eigenständigen Beiträgen und mit für Staat und Partei unbequemen Parolen. Bald nach der Kirchenbundsynode in Görlitz (vgl. HK, November 1987, 515 f.), auf der sehr deutlich für die Überwindung von Abgrenzungen und für eine größere Öffnung der DDR plädiert wurde, sagte dann aber die DDR-Regierung die zugesagten *Gespräche über Wehrdienst- und Bildungsprobleme* wieder ab. Die Konferenz der Kirchenleitungen wertete diese Absage als Widerspruch zu der in den letzten Jahren praktizierten Kirchenpolitik.

Eine grundlegende Änderung der Politik der DDR gegenüber der evangelischen Kirche signalisiert wohl weder die Absage der Sachgespräche noch das so überzogene wie unkluge Vorgehen gegen die Berliner Umweltbibliothek. Beide Vorgänge zeigen aber, daß sich Staats- und Parteiapparat derzeit in einer *nicht sehr bequemen Lage* befinden, die gerade das Verhältnis zu den Kirchen berühren muß, den einzigen nicht ideologisch bevormundeten und fest ins System eingebauten Großorganisationen: Die Hoffnungen und Erwartungen, die auf der einen Seite im Zusammenhang mit dem Besuch *Erich Honeckers* in der Bundesrepublik und auf der anderen Seite durch „Glasnost“ und „Perestroika“ in der Sowjetunion in der DDR geweckt wurden und werden, artikulieren sich besonders deutlich in der Kirche bzw. in unabhängigen Gruppen, die z. T. unter dem Dach der Kirche arbeiten, weil sie dort einen sonst nicht möglichen Freiraum finden. Solche Umwelt-, Frie-

dens- und Menschenrechtsgruppen sind für Staat und Partei schon seit geraumer Zeit ein Stein des Anstoßes. Offenbar richtete sich die Aktion in der Zionsgemeinde auch weniger gegen die (kirchliche) Umweltbibliothek und die in ihr hergestellten „Umweltblätter“ als gegen die von der (unabhängigen) „Initiative Frieden und Menschenrechte“ herausgegebene Zeitschrift „Grenzfall“: Die staatlichen Stellen vermuteten, sie werde in der Umweltbibliothek vervielfältigt.

Mit den kritischen Gruppen tut sich auch die DDR-Kirche nicht leicht, wie sich zuletzt an den Auseinandersetzungen um den „Kirchentag von unten“ während des Ostberliner Kirchentags zeigte. Sie kann sich nicht einfach das durch das Warnsignal von Berlin unterstrichene Verlangen des Staates zu eigen machen, sich von solchen Gruppen zu distanzieren bzw. sie zu disziplinieren. Andererseits kann es nicht in ihrem Interesse liegen, die eingeschränkten, aber – verglichen mit anderen Ostblockländern – doch beträchtlichen Arbeits- und Gesprächsmöglichkeiten durch zu viel Schützenhilfe für unabhängige Gruppen zu gefährden. Welche Rolle die Kirche als „nicht integrierte“ Institution und damit auch als ein Stück Gegenöffentlichkeit weiter spielen wird, hängt vor allem vom Fortgang des Umgestaltungsprozesses in der Sowjetunion und seinen Auswirkungen auf die DDR ab. ru

Später Sieg?

Die „natürliche“ Empfängnisregelung und ihre unterschiedlichen Begründungszusammenhänge

Es mutet auf den ersten Blick wie ein später Sieg von „*Humanae vitae*“ an zu sehen, auf welches Interesse heute in kirchlichen und in kirchlich nicht gebundenen Kreisen die sogenannte Natürliche Familienplanung (NFP) stößt. Nicht nur Johannes Paul II. oder Mutter Teresa sprechen sich für sie aus, sondern auch eine das Thema

Empfängnisverhütung engagiert begleitende Frauenzeitschrift kommt zum Ergebnis: „Natürliche Verhütung – besser als ihr Ruf“ (Brigitte, Heft 2/1987).

Was zunächst nur aussah wie eine Empfängnisverhütung für Katholiken, ist offensichtlich dabei, sich für viele (Ehe-)Paare mit oder ohne religiöse Bindung zu einer tatsächlichen Alternative zu anderen Methoden zu mausern, vor allem zur „Pille“ – was in erster Linie heißt, daß sie eine vergleichbare „Sicherheit“ bietet. Zugleich werden nicht nur in Teilen der Dritten Welt, sondern auch in Diözesen der Bundesrepublik kirchliche Bemühungen intensiviert, der NFP eine breitere Akzeptanz zu verschaffen.

Die kirchliche Auffassung in der Frage der Empfängnisregelung geht im Kern von der *Einheit der sexuellen Vereinigung* (der Ehepartner) und der *Bereitschaft zur Zeugung* aus. Wo eines der beiden Elemente auf „künstlichem“ Wege umgangen wird – Aussetzung der Zeugungsbereitschaft siehe „*Humanae vitae*“, Umgehung der sexuellen Vereinigung siehe die Instruktion der Glaubenskongregation „Über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung“ vom März 1987 – sieht die Kirche die Integrität (Ganzheit) dieses Vorgangs gefährdet. Den bewußten Ausschluß der Möglichkeit zur Zeugung im Rahmen einer verantworteten Elternschaft hält man nur dann für erlaubt, wenn dazu die zyklisch empfängnisfreien Zeiten genutzt werden: Zu diesem Zugeständnis hält man sich berechtigt, weil gewissermaßen die Natur selbst dazu die Möglichkeit eröffnet. Kritisiert wird an dieser Auffassung bis heute, daß eigentlich nicht einsichtig ist, warum ein „künstlicher“ Eingriff so qualitativ verschieden von der „natürlichen“ Methode und damit untersagt sein soll, wo doch die damit verfolgte Absicht, nämlich die zeitweilige Verhinderung einer Empfängnis, die gleiche ist.

Außerdem ist die sogenannte „natürliche“ Methode mit ihren komplizierten täglichen Messungen der Körpertemperatur und der Beobachtung ver-

schiedener weiterer Symptome am weiblichen Körper durchaus nicht so beschaffen, daß sie spontan als „nicht künstlich“ einleuchten würde – ganz abgesehen davon, daß die Anwendung dieser Methode ein erhebliches Maß an Selbstdisziplin und Körpergefühl verlangt sowie einen Lebensstil, der Unregelmäßigkeiten aller Art möglichst weitgehend auszuschalten sucht.

Wenn in den letzten Jahren die „natürliche“ Familienplanung sich einer wachsenden Beliebtheit erfreut, so darf man hieraus nicht schließen, dem liege dasselbe Motiv zugrunde, mit dem auch die katholische Kirche zu ihrer positiven Haltung dieser Methode gegenüber kommt: Die Bezeichnung „natürlich“ bei der NFP besagt nicht, daß man hierbei die biologisch vorgegebene „natürliche“ Ordnung als irgendwie *normativ* ansieht und künstliche Eingriffe demnach für unerlaubt hält. Die zunehmende Beliebtheit der NFP ist Reflex von Erfahrungen, die Frauen mit anderen Methoden gemacht haben. So „funktioniert“ NFP z. B. nur, wenn *beide* Partner dies wollen. Frauen weigern sich z. T., das mit einem hormonell wirkenden Mittel verbundene Risiko wie selbstverständlich allein auf sich zu nehmen, ohne daß eine Bereitschaft auf seiten des männlichen Sexualpartners erkennbar ist, diese Verantwortung irgendwie mitzutragen.

Das andere Hauptmotiv ist Teil jenes Umdenkungsprozesses im Umgang mit pharmazeutischen Produkten, vor allem Medikamenten, überhaupt: Der Optimismus, mit „künstlichen“ Mitteln Körperfunktionen nach Belieben manipulieren zu können, hat seinen Höhepunkt überschritten. In verschiedensten medizinischen Bereichen bemüht man sich, die natürlichen Anlagen des Körpers zu den gewünschten Zwecken stärker zu nutzen und damit auf pharmazeutische und andere Eingriffe, so weit wie dies vertretbar und möglich ist, zu verzichten. Eine einseitige kirchliche Favorisierung der natürlichen Familienplanung auf der Basis der traditionellen kirchlichen Haltung zu empfängnisregelnden Methoden wird der Motiva-